



**Diözesanverband  
Würzburg**

Büro des SPD-Fraktionsvorsitzenden  
Dr. Frank-Walter Steinmeier  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Datum

14. November 2011

Sehr geehrter Herr Steinmeier,

im Auftrag des Diözesanfamilien- und Elternrat, der am Samstag, 12.11.11 in Würzburg tagte, schreibe ich Ihnen aufgrund des Interviews mit Ihnen, das am selben Tag in der Würzburger Mainpost abgedruckt war. Dort findet sich zum Beispiel folgende Passage:

*„... Das Schlimmste ist, dass die Regierung jetzt den Familien Geld anbietet, die ihre Kinder zu Hause lassen. Wie werden wohl die entscheiden, die dann keine KiTa-Gebühren zahlen müssen und obendrauf noch Betreuungsgeld kriegen? Ich prophezeie Ihnen, genau die Kinder aus Familien, wo das Geld knapp ist und die am dringendsten Betreuung in Kitas und Kindergärten brauchen, die werden zu Hause bleiben. Das ist gesellschaftspolitischer Unsinn. ...“*

Sehr geehrter Herr Steinmeier,

mit Verärgerung haben die rund 50 Delegierten in unserem Familienrat Ihre Wortwahl zur Kenntnis genommen, mit der Sie das Betreuungsgeld kritisieren und andere wichtige familienpolitische Fragen ausblenden. Auch wenn wir Ihnen gerne die gute Absicht unterstellen wollen, auch wenn wir hinsichtlich des Betreuungsgeldes intern nicht alle einer Meinung sind – wir sind uns sehr einig in unserem Ärger über unwissenschaftliche Verallgemeinerungen, unbewiesene Behauptungen und Unterstellungen. Wir fordern Sie dringend auf, zu fachlich-sachlicher Kritik und zu fundierter Familienpolitik zurückzukehren! Zur Begründung gehe ich auf drei Themenbereiche ein:

### **Familien- und Frauenbild**

Ich denke, es ist Position nicht nur der SPD, dass in immer mehr Familien beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie in der Erwerbsarbeit soziale Kontakte und Selbstverwirklichung suchen? Oder natürlich – was sich ggf. in einem reichen Land auch als Skandal bezeichnen ließe – weil sie es müssen, da ein Einkommen beim besten Willen nicht für die Ernährung der Familie reicht. Jetzt unterstellen Sie, von 100,- Euro plus KiTa-Gebühr lassen diese Eltern sich

in ihrer Entscheidung beeinflussen? Ist es ein geringschätziges Frauen- / Familienbild, das sich dahinter verbirgt? Oder das Eingeständnis, dass es auf dem Arbeitsmarkt inzwischen eine Menge Arbeitsplätze gibt, die so gering entlohnt

**Familienbund der Katholiken  
in der Diözese Würzburg  
Vorsitzender  
Michael Kroschewski  
Geschäftsführer  
Artur Eisenacher**

**Postanschrift  
Postfach 11 06 61  
97032 Würzburg**

**Hausadresse  
Killianshaus  
Kürschnerhof 2  
97070 Würzburg**

**Telefon 0931 386 65 221  
Telefax 0931 386 65 229  
fdk@bistum-wuerzburg.de**

**Liga Bank Würzburg  
Konto 30 028 02  
BLZ 750 903 00**

**Rechts- und Vermögensträger:  
Familienbund der  
Deutschen Katholiken in der  
Diözese Würzburg e. V.  
Vorsitzender Michael Kroschewski  
Geschäftsführer Artur Eisenacher  
Vereinsregister Würzburg Nr. 298  
Steuernummer 257/108/20034**

**[www.familienbund-wuerzburg.de](http://www.familienbund-wuerzburg.de)**

werden, dass 100,- bis 200,- Euro eine Verlockung darstellen?

Das Elterngeld hatte die Absicht, die Eltern schneller wieder in die Erwerbsarbeit zu bekommen – und der erwünschte Effekt ist laut Familienmonitor auch eingetreten. Dazu musste aber eine Reihe von ordnungspolitischen Instrumenten aufgewendet werden – und das trotz der so häufig beschworenen Wahlfreiheit der Eltern.

Will die SPD zur Familienpolitik zurückkehren, so sorgen Sie dafür, dass gerechte Löhne gezahlt werden, dass genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen – auch für (kognitiv) geringer qualifizierte Menschen, die es immer geben wird –, dass Eltern flexible Arbeitszeiten und ein Mindestmaß an Sicherheit im Arbeitsverhältnis vorfinden. Das wäre Familienpolitik, die den Grundlagen der SPD würdig wäre – und die sich vielleicht auch demographisch niederschlagen würde.

### **Unfachliche Unterstellung und skandalöse Verallgemeinerung!**

Es sind die Familien, in denen das Geld knapp ist, die AM DRINGENDSTEN die Betreuung in KiTas brauchen: Im Prinzip gleich drei Unterstellungen in einem Satz: DIE ärmeren Familien (alle!?) benötigen die Hilfe der KiTas besonders. Diejenigen, die Hilfe nötig haben, erkennen das aber nicht sondern lassen sich von 100,- Euro verleiten. Und irgendwie unterstellen Sie gleich noch mit, dass alle Familien diese Unterstützung benötigen. Ähnliche Verallgemeinerungen würden Sie (hoffentlich) wütend zurückweisen, träfen sie Moslems oder Juden oder eine Randgruppe der Gesellschaft. Die Unterstellungen sind nicht nur ärgerlich verallgemeinernd, sie sind letztlich auch unfachlich – und die ständige Wiederholung von Medienschaffenden und Politikvertretern ändert an der Sache nichts.

In der Sinus Soziovision-Studie „Umgehensweisen von Müttern mit monetären Familienleistungen“ heißt es zum Beispiel: *„Zentrale Strategie aller Mütter, das „Mithalten“ ihrer Kinder zu erreichen, besteht im – mehr oder weniger temporären – „Zurückstecken“ eigener Wünsche ... . Besonders bei kleinen Kindern ist das eigene Zurücktreten eine Form stellvertretender Belohnung ... es ist aber auch eine Investition in die Kinder, zugunsten derer man gern verzichtet. In den Familien der unteren Einkommensklassen ist das „Zurückstecken“ essenzieller, unfreiwilliger und langfristiger. Es ist kein selbstgewähltes Verhalten, sondern eine Notwendigkeit, ..., um den Alltag zu meistern und den Kindern soziale Teilhabe zu ermöglichen.“* ([http://www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/ Report\\_Familienleistungen\\_25\\_08\\_2010.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Report_Familienleistungen_25_08_2010.pdf))

In der Süddeutschen (online) fand sich in dieser Woche ein Bericht über die Langzeitstudie NICHD in den [USA](#), in der festgestellt wird, dass die unterstellten positiven Auswirkungen der KiTa nur in unrealistischen Ausnahmefällen gelten (nebenbei bemerkt – auch die von Konservativen gerne unterstellten negativen Folgen der KiTa treffen nur in unrealistischen Extremfällen zu ). <http://www.sueddeutsche.de/leben/diskussion-um-krippenplaetze-die-kita-legende-von-ueberfliegern-und-soziopathen-1.1182488>). Dennoch und in der gleichen Woche fährt die Süddeutsche mit ihrer Polemik gegen elterliche Erziehungsleistung fort, statt anzuerkennen, das es nur mit den Eltern, nicht gegen sie geht, dass subsidiäre Unterstützung der Eltern Gebot der Stunde wäre, nicht Disqualifikation. Auch die aktuelle vodafone Studie, wahrlich kein einseitiger Verfechter familiärer Erziehung; stellt fest:

*„Dies spricht meines Erachtens dafür, die Bildungsreformen stärker als bisher mit Elterntrainings zu begleiten. Wenn Eltern hierzulande laut Grundgesetz eine Schlüsselrolle eingeräumt bekommen, dann müssen sie auch in die Lage versetzt werden, sie kompetent auszufüllen.“*

*(Klaus Hurrelmann)* Noch einmal: Subsidiarität und Erziehungspartnerschaft statt Unterstellungen und kontraproduktives Gegeneinander!

(Nicht nur) laut Bella-Studie sind Partnerschaftskonflikte der entscheidende Risikofaktor für psychisch auffällige und behandlungsfähige Kinder. Und weiter: Dieser Risikofaktor lässt sich durch KiTas alleine nicht lösen, es sind in erster Linie familiäre Schutzfaktoren, die sich auswirken! Konsequenz: Gesellschaftspolitischer Unsinn ist vor allem, die Bedeutung der Familie, ja der Partnerschaft gering zu schätzen! Schauen Sie zum Beispiel in die Scope Perry Preschool Study: Maßvoller Kindergartenbesuch UND Familienunterstützung hat bei einer (tatsächlichen) Hochrisikogruppe einen Kosten-Nutzen-Effekt von 1:17 gezeigt!

### **Blinde Flecken**

Die Pflegebeschlüsse, in denen wirklich die berechtigten und vom BVerfG verbrieften Rechte der Familien missachtet werden, kritisieren Sie mit keinem Wort! Was dürfen / müssen wir aus dieser Tatsache lesen?

Eine Beitragsanhebung um 0,1 Prozentpunkte reicht nicht aus, um das Pflegesystem zukunftsfest zu machen. Die Einbeziehung aller Einkünfte in die Beitragspflicht sowie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf dieselbe Höhe wie in der gesetzlichen Rentenversicherung sind notwendig.

### **FDK-FORDERUNG**

Wenn Sie ernsthaft und sachbezogen Kritik am Betreuungsgeld üben wollen, dann schließen Sie sich doch den Beschlüssen des FDK an:

Im zweiten und dritten Lebensjahr 300,- Euro für ALLE Eltern – in einer Art Anschlussleistung an das Elterngeld. An ALLE Eltern, unabhängig davon, ob sie die Kinder ganz oder „nur“ großteils selbst erziehen (gar nicht geht nicht). An ALLE Eltern, auch an die in ALG-II-Bezug! Elterliche Aufmerksamkeit und Sorge sind unteilbar und verdienen unabhängig von der konkreten Ausgestaltung gleichermaßen Anerkennung und Förderung!

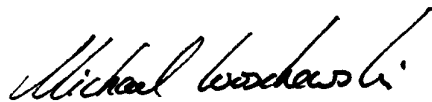
Und natürlich brauchen Eltern Unterstützung durch öffentliche Infrastruktur – in Offenheit und partnerschaftlichem Umgang, unter Berücksichtigung der Subsidiarität, nicht in einem Gegeneinander.

Wenn Sie sich der FDK-Forderung anschließen, respektieren Sie die verfassungsmäßig garantierte und wissenschaftlich untermauerte Rolle der Eltern – und Sie verbinden diese Ziele mit Wertschätzung für die Eltern: Immerhin erhalten diese Eltern unser Sozialsystem aufrecht, immerhin stellt das BVerfG klar, dass der generative Beitrag der Eltern nach wie vor nicht adäquat anerkannt wird. Insofern zieht auch das Argument nicht, dass in Zeiten wie diesen kein Geld zum Verteilen da sei: Familien sichern die sozialen Sicherungssysteme und sind insofern „systemrelevant“ – nicht Banken! Familien sichern auch Nachfrage, ... die Liste ließe sich fortsetzen!

Sehr geehrter Herr Steinmeier,

Trotz aller familienpolitischen Leistungen wird Deutschland von der Mehrzahl der „Betroffenen“ als kinder- und familienfeindlich wahrgenommen. Wir sind uns sicher, dass das viel mit dem unsachlichen Gegeneinander und der weit verbreiteten Polemik in Politik und Medien zu tun hat. Leider tun sich Vertreter Ihrer Partei hier gerne hervor: Schade! Vom Grundsatz her hätte gerade die SPD viel beizutragen zur Familienfreundlichkeit, nicht zuletzt im Bereich Gestaltung der Arbeitswelt.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kroschewski  
Familienbund Diözesanverband Würzburg  
Vorsitzender

Zur Kenntnis an die Mainpost und  
die unterfränkischen SPD-Bundestagsabgeordneten

